

KURZMELDUNGEN

Tourismus
stärker fördern

BERN | Der Bundesrat will in den kommenden vier Jahren insgesamt 373,1 Millionen Franken zur Standortförderung einsetzen. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) beantragt ihrem Rat, einen der Verpfichtungskredite zu erhöhen. Mehr Geld ausgeben will sie für Innotour, die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus. Der Bundesrat beantragt 22,8 Millionen Franken. Die Kommission hat sich mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung für 30 Millionen Franken ausgesprochen. Eine Minderheit der Kommission möchte auch den Kredit für Schweiz Tourismus aufstocken, und zwar von 220,5 auf 240 Millionen Franken. Bei den anderen Beschlüssen folgte die Kommission einstimmig dem Bundesrat. 90,5 Millionen Franken sind für die Aussenwirtschaftsförderung vorgesehen. Damit sollen sowohl Exporteure als auch ausländische Investoren individueller betreut und der Zugang zu Informationen und Dienstleistungen online vereinfacht werden. Für die Standortpromotion sollen 17,6 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Mit 21,7 Millionen Franken will der Bundesrat E-Government-Aktivitäten weiter vorantreiben. Der Online-Schalter EasyGov.swiss soll dabei ausgebaut und bekannt gemacht werden. Der sogenannte «One-Stop-Shop» macht es Unternehmen möglich, Behördengänge mit einem einzigen Account zu erledigen. **sda**

Ungekühltes
Fleisch

WINTERTHUR | Nur zwei Wochen nach der Schliessung eines Restaurants in Winterthur-Wülflingen ist die Kantonspolizei Zürich im Raum Winterthur schon wieder auf ungekühltes Fleisch gestossen. Dieses Mal mussten 150 Kilogramm Fleisch wegwerfen werden. Zusammen mit der Gewerbebehörde Winterthur nahm die Kantonspolizei dieses Mal 20 Restaurants und Verpflegungsbetriebe unter die Lupe. In welchem Gastrobetrieb die 150 Kilogramm schlecht gekühltes Fleisch gefunden wurden, gibt die Polizei nicht bekannt. Der Gastronom habe das Fleisch in die Kehrichtverbrennung bringen müssen. **sda**

Caritas
schliesst Büros

LUZERN | Caritas schliesst in den kommenden Monaten in fünf von zwanzig Ländern ihre Büros. Damit bereitet sich das Hilfswerk auf den bevorstehenden Ausfall von Unterstützungsgeldern vor. Betroffen sind Bangladesch, Indien, Kenia, Palästina und Kolumbien. Zu einem Stellenabbau kommt es nicht. Allerdings müssen einzelne Mitarbeitende neue Aufgaben in einem anderen Land übernehmen, wie Caritas am Freitag in einer Mitteilung schreibt. Damit will Caritas in den übrig bleibenden Ländern «effektiver und effizienter» arbeiten können. **sda**

Bern | Ritter zurückhaltend bezüglich schnellem Abkommen mit den USA

Bauern sind skeptisch

Bauernverbandspräsident Markus Ritter bezweifelt, dass der angeblliche Durchbruch von Bundespräsident Ueli Maurer in Washington zum schnellen Abschluss eines Freihandelsabkommens der Schweiz mit den USA führen wird. Man werde Anliegen aber frühzeitig einbringen.

Die Schweizer Bauern waren 2006 massgeblich dafür verantwortlich, dass ein fast fertiger Vertrag letztlich Schiffbruch erlitt. Die Angst vor einer Schwemme von landwirtschaftlichen Billigprodukten aus den USA war den hiesigen Landwirten damals zu gross.

Auch heute reagiert Ritter zurückhaltend auf die neuste Morgenröte. Dass Maurer bei Trump grundsätzlich auf offene Ohren gestossen sei, bedeute nicht, dass es nun schnell gehe, betont Ritter am Freitag gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die Einladung und der Besuch von Maurer bei Trump seien aber positiv zu werten. Ein gutes Verhältnis über der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die Einladung und der Besuch von Maurer bei Trump seien aber positiv zu werten. Ein gutes Verhältnis über der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Ob und wann die Verhandlungen konkret aufgenommen werden können, hängt laut Ritter vom Fortschritt in den anderen ausserpolitischen Dossiers ab, mit denen sich die USA derzeit herumschlagen, Stichwort Handelsstreit mit China. Bis die USA zumindest einen Teil ihrer vielen grossen Bau-

stellen abgearbeitet haben, dürfte die Schweiz laut Ritter «eher in der Warteschlange bleiben». Auch die nächsten Präsidentschaftswahlen dürften einen Einfluss auf die politische Agenda haben.

Landwirtschaft
ausgeklammert

Ritter erinnert weiter daran, dass die Wirtschaftskommission des Nationalrates beschlossen hat, die Landwirtschaft aus einem Freihandelsabkommen mit den USA auszuklammern. Trotzdem müssten die Anliegen der Bauern aktiv in die Verhandlungen eingebracht werden. Nicht verzichten wollen die Schweizer Landwirte weiterhin auf den Grenzschutz auf Basis der WTO-Uruguay-Runde sowie die Garantie für hohe Lebensmittelsicherheit und -qualität.

Bedingung für die Amerikaner ist, dass ein Freihandelsabkommen für beide Seiten eine Win-win-Situation ergibt. Beide Seiten müssten gemäss Trump also etwas von einem Freihandelsabkommen haben – und die Schweiz müsse sich schneller bewegen als die EU.

Auf eine Prozentzahl für allfällig tiefere Zölle für die Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten aus den USA wollte sich Ritter am Freitagmittag gegenüber Radio SRF nicht festlegen. Heute liegen die Zölle auf Einfuhren bei 35 Prozent. Wenn man geschickt und differenziert verhandelt, liessen sich aber sicher Zugeständnisse innerhalb bestehender Kontingente vereinbaren.

Beim Export von der Schweiz in die USA ist laut Ritter nur der Käse ein Faktor. In allen anderen Bereichen sei die schweizerische Landwirtschaft weitgehend auf den Heimmarkt ausgerichtet. Die Schweiz importiert heute rund 40 Prozent der Lebensmittel.

Ziel sei, dass die Landwirtschaft einem Freihandelsabkommen zustimmen könne, wie dies namentlich beim Abkommen mit China der Fall gewesen sei. Der Dialog zwischen Landwirtschaft und Bundesrat hat sich seit dem Fiasko von 2006 laut Ritter intensiviert und verbessert.

Indonesien-Vertrag
weiterentwickeln

Bio Suisse teilt auf Anfrage von Keystone-SDA mit, der Freihandelsvertrag im Rahmen der EFTA mit Indonesien gehe als Vorbild in die richtige Richtung, müsse aber für die USA «deutlich weiterentwickelt werden». Gentechnik, Hormonfleisch und Chlorthühnchen «made in USA» seien für Bio Suisse ein «No-go». Zu konkreten Konzessionen könne man erst Stellung nehmen, wenn Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Wie Bio Suisse betont auch die Kleinbauern-Vereinigung (VKMB) in einer Stellungnahme zuhanden von Keystone-SDA, ein Freihandelsabkommen jeglicher Art müsse zwingend Artikel 104a Absatz d der Bundesverfassung einhalten. Demnach müssen grenzüberschreitende Handelsbeziehungen zur nachhaltigen Entwicklung der



Freihandelsabkommen. Bauernverbandspräsident Markus Ritter reagiert zurückhaltend auf die neuste Morgenröte. **FOTO KEYSTONE**

Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.

Das sei bei den heute üblichen Verhandlungen «ganz klar noch nicht der Fall». Diesen Artikel zu erfüllen sei angesichts der sehr unterschiedlichen Politik und Lebensmittelrechte in der Schweiz und den USA «sehr herausfordernd», so die VKMB.

Neben den WTO-Rahmenbedingungen seien zudem insbesondere die UNO-Nachhaltigkeitsagenda 2030, der Klimavertrag von Paris sowie die

Biodiversitätskonvention zu beachten, ergänzt Bio Suisse in seiner Stellungnahme.

Die VKMB setzt sich weiter für ein Präferenzsystem beim Lebensmittelimport zugunsten ökologisch, sozial und fair hergestellter Lebensmittel ein. Ausserdem lehnt es die VKMB ab, dass die Schweizer Landwirtschaft einfach als Konzessionsgeber erhalten muss. Namentlich gegenüber gentechnisch veränderten Produkten sei der Schweizer Konsument kritisch eingestellt. **sda**

Schwägalp | Reparaturarbeiten an Säntisbahn verlaufen nach Plan

Trotz Kälte und Schnee

Die Reparatur der beschädigten Stütze der Säntis-Luftseilbahn geht trotz Schnee und Kälte planmässig voran. Im Juni soll die Bahn wieder fahren. Seit einem Lawinenabgang im Januar steht sie still.

«Die Instandstellungsarbeiten an der beschädigten Stütze verlaufen trotz ausgiebiger Schneefälle und widriger Temperaturen planmässig», sagte Bruno Vattioni, Geschäftsführer der Säntis-Schwebbahn, am Freitag auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Er sei sehr zuversichtlich, dass die Schwebbahn den Betrieb auf den Säntis im Juni wieder aufnehmen könne. Die beschädigten Fachwerkträger im unteren Bereich der Stütze seien mit neuen, zusätzlichen, massiven Stahlträgern verstärkt worden. Dadurch werde die Tragkraft der Stütze sogar grösser als vor der Beschädigung, sagte Vattioni. Durch die Reparatur der Stütze gewinne das Unternehmen Zeit für das Planungs- und Bewilligungsverfahren für eine definitive Lösung. Die 54 Meter hohe Stütze war am 10. Januar durch eine Lawine beschädigt worden. Der Bahnbetrieb ist seither eingestellt. Personen dürfen nicht befördert werden. Arbeiter, die im Gipfel-Restaurant Umbauarbeiten ausführten, wurden per Helikopter auf den Säntis geflogen.

Schneehöhe mit Feldstecher messen
Der Bahnunterbruch hat auch Konsequenzen für die Wetterstation auf dem höchsten Berg der Ostschweiz. In den vergangenen Tagen meldeten verschiedene Medien, dass auf dem Säntis mit 6,8 Metern eine für Mai rekordhohe Menge Schnee liege.



Lawinen. Aufwendige Reparaturarbeiten an der beschädigten Stütze. **FOTO KEYSTONE**

Diese Aussage bezweifelt Stephan Bader, Meteorologe des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz. In der Mittagssendung des SRF-Regionaljournals Ostschweiz sagte Bader, es sei zurzeit gar nicht möglich, die exakte Schneehöhe auf dem Säntis zu bestimmen. Wegen des Bahnunterbruchs müsse man die Schneehöhe mit dem Feldstecher aus weiter Distanz bestimmen.

Weniger Hotelgäste

Die Reparaturarbeiten am Hotel Säntis bei der Talstation auf der Schwägalp, das am 10. Januar durch einen Lawinenabgang beschädigt worden war, seien abgeschlossen. Wegen der langen Lieferfrist für die benötigten Spezialfenster dauerten die Arbeiten bis Anfang Mai. Das Hotel auf der Schwägalp und das ebenfalls zur Bahn gehörende

Restaurant Passhöhe hätten einen starken Nachfragerückgang zur Kenntnis nehmen müssen. «Wir gehen davon aus, dass die Betriebseinstellung der Schwebbahn als komplette Betriebsschliessung wahrgenommen wurde», sagte der Geschäftsführer.

Millionenschaden

Die durch die Lawinen entstandenen Schäden an der Bahn und den Gebäuden übersteigen die Millionengrenze. Die genaue Schadenhöhe kann laut Vattioni noch nicht beziffert werden.

Die Gespräche mit den Versicherungen verlaufen gut, würden das Unternehmen aber wahrscheinlich noch das ganze Jahr über beschäftigen. «Bezüglich Entschädigung sind wir zuversichtlich, eine gute und einvernehmliche Lösung zu finden», sagte der Geschäftsführer der Bergbahn. **sda**

VATERSCHAFTSURLAUB

Regelung zum
Ferienbezug

BERN | Die Sozialkommission des Ständerates (SGK) will nicht im Gesetz verankern, dass Arbeitnehmer ihre normalen Ferien um die Geburt eines Kindes herum beziehen dürfen. Sie hält dies für unnötig. Zudem will sie einen zusätzlichen Vaterschaftsurlaub. Mit 6 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen beantragt die Kommission ihrem Rat, eine parlamentarische Initiative von Andrea Caroni (FDP/AR) abzulehnen. Der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative für einen Vaterschaftsurlaub sieht einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vor.

Caroni schreibt zu seiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Vaterschaftsurlaub. Do it yourself!», sein Vorschlag könnte theoretisch als Ergänzung zu einem staatlich bezahlten Vaterschaftsurlaub umgesetzt werden, aber auch anstelle eines solchen. Kombiniere man nämlich den gesetzlichen Anspruch auf vier bis fünf Wochen Ferien mit dem gesetzlichen Recht, diese um die Geburt des Kindes herum zu beziehen, habe jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit für einen Urlaub als Vater. Damit sei ein staatlich bezahlter Vaterschaftsurlaub an sich nicht mehr nötig. **sda**